



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT ARBEIT UND TOURISMUS

Invest BW Innovationsförderung – Verbundvorhaben

Fünfter Förderaufruf vom 13.01.2023

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus hat am 15. Januar 2021 Invest BW als das größte branchenoffene einzelbetriebliche Förderprogramm in der Geschichte Baden-Württembergs offiziell gestartet. Für Fördermaßnahmen stehen insgesamt bis zu 300 Millionen Euro aus der Rücklage „Zukunftsland BW – Stärker aus der Krise“ zur Verfügung. Mit Beschluss der Landesregierung vom 27. Juli 2021 wurde festgelegt, Invest BW als Innovationsförderprogramm fortzuschreiben und technologie- und themenoffene oder auch missionsorientierte Förderaufrufe auszuschreiben.

Die Förderung erfolgt nach Maßgabe der Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums zur Förderung von Innovations- und Technologievorhaben im Rahmen des Programmes Invest BW - Teil II (VwV Invest BW – Innovation II) vom 15. Oktober 2021, in der Fassung vom 30. November 2022, sowie unter Berücksichtigung des jeweiligen Förderaufrufs des Wirtschaftsministeriums.

Der vorliegende Förderaufruf erfolgt missionsorientiert und hat zum Ziel, Projekte und Maßnahmen von Unternehmen in Baden-Württemberg zu fördern, die einen signifikanten Beitrag dazu leisten, „Green-Tech“ im Land weiter voranzubringen. Er ermöglicht eine Antragstellung bis zum 31. März 2023, 15:00 Uhr. Im Rahmen des vorliegenden Förderaufrufs können innovative Verbundvorhaben von mehreren Unternehmen oder von Unternehmen und Forschungseinrichtungen gefördert werden. Anträge für Verbundvorhaben können ab dem 13. Januar 2023 beim beauftragten Projektträger VDI/VDE Innovation + Technik GmbH eingereicht werden.

1. Zuwendungsziel

Informationen zum Schutz Ihrer personenbezogenen Daten finden Sie unter: <https://wm.baden-wuerttemberg.de/ds-info>.
Auf Wunsch werden Ihnen diese Informationen auch in Papierform zugesandt.

Schlossplatz 4 (Neues Schloss) • 70173 Stuttgart • Telefon 0711 123-0 • Telefax 0711 123-2121
poststelle@wm.bwl.de • www.wm.baden-wuerttemberg.de • www.service-bw.de



Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, Klimaneutralität und Netto-Null-Emissionen im Land schnellstmöglich zu erreichen. Baden-Württemberg soll das führende Klimaschutzland werden. Dabei will die Landesregierung Maßstäbe setzen, wie Baden-Württemberg, als führendes Industrieland, der Übergang ins postfossile Zeitalter, die Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels und die Digitalisierung gelingen kann.

Innovative Spitzentechnologien aus Baden-Württemberg sollen zum weltweiten Kampf gegen den Klimawandel beitragen. Baden-Württemberg will dabei zum Vorreiter im Bereich klimaneutrale Produktion und Green-Tech werden. Dies umfasst insbesondere erneuerbare Energien, Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft (Recycling), Boden- und Wasserschutz sowie Luftreinhaltung und damit verbundene innovative Dienstleistungen.

Mit dem aktuellen Förderaufruf von Invest BW soll die Innovationstätigkeit der Unternehmen im Land in u. a. diesen Bereichen weiter stimuliert und gestärkt und damit die Zukunftsfähigkeit des Standorts Baden-Württemberg erhalten und ausgebaut werden. Zielsetzung ist es, wirkungsvolle Anreize insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen zu schaffen, ihre Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten im Themenfeld Green-Tech zu erhöhen und innovative Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle schneller an den Markt oder innovative Prozesse schneller in die betriebliche Umsetzung zu bringen. Somit soll Invest BW einen wichtigen Beitrag zur Realisierung der Klimaschutzziele des Landes leisten.

Gefördert werden soll die aktive Kooperation von Unternehmen untereinander und von Unternehmen mit Forschungseinrichtungen zur beschleunigten Umsetzung von Forschungsergebnissen in innovative Produkte, Dienstleistungen, Geschäftsmodelle und Prozesse.

2. Was wird gefördert

Gefördert werden Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsvorhaben, einschließlich Prozessinnovationen bzw. nichttechnische Innovationen und Dienstleistungsinnovationen, die branchenübergreifend auf neue Produkte, neue Dienstleistungen, neue Geschäftsmodelle und Geschäftsprozesse sowie Service-Plattformen abzielen. Damit soll die Erschließung neuer Marktfelder gelingen und eine Erhöhung der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit sowie der Innovationskraft der Unternehmen erreicht werden. Förderfähig sind Verbundprojekte von mehreren Unternehmen oder von Unternehmen zusammen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Die Vorhaben, die durch den aktuellen fünften Förderaufruf gefördert werden, sollen signifikant und nachweisbar,

- dazu beitragen, den Energiebedarf zu senken. Dies kann beispielsweise den Einsatz von Strom oder auch Wärme bedeuten. Somit tragen die Projekte direkt oder indirekt zur Einsparung von klimaschädlichen Treibhausgasen bei, da zur Produktion von Wärme und Strom immer noch im Wesentlichen fossile Brennstoffe eingesetzt werden. Hierdurch erfüllen sie einen wichtigen Beitrag zur klimaneutralen Produktion.
- den Ausstoß von schädlichen Treibhausgasen senken (z.B. durch die Vermeidung von Verbrennungsprozessen, Methanausstoß, etc.).
- der Ressourcenschonung dienen, durch einen verringerten Materialeinsatz, neue Recyclingmethoden und -prozessen oder die Verlängerung des Lebenszyklus von Produkten. Somit soll der Weg zu einem nachhaltigen und umweltschonenden Konsum eingeschlagen werden.

oder

- Produktions- und Wirtschaftsprozesse so optimieren, dass sie zur Verbesserung der Abwasserreinigung, der Luftreinhaltung und/oder Abfallvermeidung beitragen und/oder dem Schutz des Landökosystems dienen, insbesondere durch Schonung der Böden, den Schutz und der Entsiegelung von Flächen und den Erhalt der Biodiversität.

Ziel ist dabei nicht nur die Entwicklung neuer Technologien, sondern auch die Integration in bestehende Prozesse und Produkte voranzutreiben, um den Materialeinsatz und den Treibhausgasausstoß zu senken. Zudem sollen die damit verbundenen Dienstleistungen ebenfalls Teil der Förderung sein.

Daher sollen die Vorhaben den Fokus auf einen der drei folgenden Aspekte legen:

- (1) *Entwicklung neuer Technologien, Materialien und Verfahren, die einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten:*

Die Projekte und Maßnahmen sollen dazu beitragen, neue Technologien und Verfahren im Bereich des Klimaschutzes und der Ressourcenschonung zu entwickeln und in die betriebliche Umsetzung zu bringen.

Hierzu gehören bspw. die (Weiter-)Entwicklung alternativer Antriebsarten, wie die Elektromobilität oder die Brennstoffzelle, neue Verfahren und Technologien zur klimaneutralen Energiegewinnung und -speicherung, zur Verbesserung bzw. Optimierung von Produktionsprozessen, zur Optimierung von Wartungsprozessen, zur Gewinnung von CO₂ aus Umgebungsluft (Direct Air Capture), zur Nutzung von CO₂ als Rohstoff, innovativen Leichtbaulösungen sowie Recyclingmethoden, die zu erheblichen Material- und Ressourceneinsparungen führen.

(2) Erprobung und Adaption neuer Technologien in bestehende Prozesse, Verfahren und Produkte:

Die Vorhaben können dazu dienen, neue Technologien, Materialien und Verfahren in bestehende Prozesse und Produkte zu integrieren, um den Treibhausgasausstoß, den Materialeinsatz und Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Dabei kann auf bestehende oder kurz vor der Markteinführung befindliche Produkte und Dienstleistungen zurückgegriffen werden.

Beispiele für eine solche Integration können sein: Der vermehrte Einsatz von neuen Werkstoffen und Materialien (Bsp.: Biopolymere, Leichtbaumaterialien) in bestehenden Produkten, die Nutzung von neuen CO₂-armen Technologien im Produktionsprozess (Bsp.: Brennstoffzelle, Prozesse zur Energieeinsparung, Optimierung von Verbrennungs- und Heizprozessen, 3D-Druck-Verfahren) oder die Konzeption und Entwicklung von langlebigen Produkten, mit niedrigeren Wartungszyklen, robusteren Materialien und höherer Recyclingfähigkeit.

(3) Entwicklung innovativer Dienstleistungen und neuer Geschäftsmodelle zur Stärkung des Klimaschutzes

Innovative Dienstleistungen können ebenfalls einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten und können daher ebenfalls Gegenstand der Förderung sein.

Beispiele für solche innovativen Dienstleistungen sind KI-gestützte Softwareanwendungen oder Simulationen zur Identifizierung von Optimierungspotenzialen in

der Produktion, die Entwicklung von Beratungsleistungen zur Stärkung des Einsatzes von neuen Technologien und Materialien in Unternehmen, die softwaregestützte Identifizierung von möglichen Einsatzorten nachhaltiger Technologien (z.B. Photovoltaik, Brennstoffzelle, Batterien etc.) in Unternehmen und öffentlicher Infrastruktur oder die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, die die Einführung neuer Technologien in Unternehmen beschleunigen können (z.B. Green-Tech as Service, neue Betreibermodelle, innovatives Contracting).

3. Wer wird gefördert

Antragsberechtigt für Verbundvorhaben sind:

- Unternehmen und Start-ups der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe, die ihren Sitz, eine Niederlassung oder eine Betriebsstätte in Baden-Württemberg haben oder einen Sitz, eine Niederlassung oder Betriebsstätte in Baden-Württemberg errichten wollen sowie
- außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sowie Hochschulen und Hochschuleinrichtungen mit Sitz in Baden-Württemberg (Forschungseinrichtungen).

Der überwiegende Anteil der Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten muss bei dem / den Unternehmen liegen. Dementsprechend soll die Konsortialführerschaft bei einem antragstellenden Unternehmen liegen.

Zudem gelten die folgenden zusätzlichen Voraussetzungen:

- Die Antragsteller müssen für die Projektdurchführung eine ausreichende Bonität haben und diese ggf. nachweisen. Insbesondere muss hinreichend belegt werden können, wie der Eigenanteil zum Vorhaben erbracht werden kann.
- Sogenannte Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Artikel 1 Abs. 4 Buchst. c in Verbindung mit Artikel 2 Nr. 18 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) sind aus beihilferechtlichen Gründen nicht förderfähig. Ausnahmen sind für die Gewährung von De-minimis Beihilfen möglich.
- Nicht antragsberechtigt sind Unternehmen, die in den vergangenen 12 Monaten bereits eine Innovationsförderung im Rahmen von Invest BW erhalten haben (auf Grundlage der Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums zur Förderung von Innovations- und Technologievorhaben im Rahmen des Programmes Invest

BW (VwV Invest BW – Innovation) vom 15. Januar 2021 in der Fassung vom 22. März 2021 bzw. auf Grundlage der Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums zur Förderung von Innovations- und Technologievorhaben im Rahmen des Programmes Invest BW – Teil II (VwV Invest BW – Innovation II) vom 15. Oktober 2021 in der Fassung vom 30. November 2022. Ausschlaggebend ist jeweils das Datum der letzten Bewilligung. Eine erneute Antragstellung für abgelehnte oder zurückgezogene Anträge ist zulässig.

4. Wie wird gefördert

- Für die Verbundvorhaben können Zuschüsse von bis zu 3.000.000 Euro gewährt werden wobei die einzelne Zuwendung pro Verbundpartner den Betrag von 1.000.000 Euro nicht übersteigen darf. Im Falle von De-minimis-Beihilfen können Zuschüsse von bis zu 200.000 Euro pro Unternehmen gewährt werden¹.

- Bei einer Zuwendung an ein Unternehmen ab 500.000 Euro ist vor Bewilligung die Zustimmung des Wirtschaftsausschusses des Landtags von Baden-Württemberg einzuholen.

- Die Fördersätze bei Unternehmen sind abhängig von der Unternehmensgröße und unter Berücksichtigung der beihilferechtlichen Vorgaben der AGVO. Die maximalen Fördersätze gelten auch für Vorhaben, die auf Grundlage der De-minimis-VO gefördert werden.
 - 45 Prozent erhalten kleine Unternehmen, die weniger als 50 Personen beschäftigen und deren Jahresumsatz beziehungsweise Jahresbilanz 10 Millionen Euro nicht übersteigt;
 - 35 Prozent erhalten mittlere Unternehmen, die weniger als 250 Personen beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Millionen Euro erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Millionen Euro beläuft;
 - 25 Prozent erhalten Unternehmen, die weniger als 3.000 Personen beschäftigen und

¹ Bei Antragsstellenden, die auf Grundlage der De-Minimis VO gefördert werden, dürfen die gewährten De-minimis-Beihilfen in einem fließenden Zeitraum von drei Steuerjahren 200.000 Euro nicht überschreiten (vgl. Art. 3 Abs. 2 der De-minimis-VO). Mit Antragstellung haben die Antragstellenden eventuell bereits auf Grundlage der De-minimis VO erhaltene Beihilfen anzugeben. Die weiteren Bestimmungen der De-minimis-Verordnung sind zu beachten, insbesondere die Kumulierungsregelungen des Art. 5.

- 15 Prozent erhalten alle sonstigen Unternehmen, die 3.000 oder mehr Personen beschäftigen.

Bei der Berechnung der Mitarbeitendenzahl sind verbundene Unternehmen bzw. ggf. Partnerunternehmen jeweils mit zu berücksichtigen.

- Bei Forschungseinrichtungen können höhere Fördersätze von bis zu 100 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben gewährt werden, sofern
 - das Teilvorhaben ausschließlich nichtwirtschaftliche Tätigkeiten nach Maßgabe des Unionsrahmens für staatliche Beihilfen zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FuEul-Rahmens) umfasst und damit beihilfekonform gefördert werden kann;
 - wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Tätigkeiten der Forschungseinrichtung hinsichtlich ihrer Kosten beziehungsweise Ausgaben und Finanzierung buchhalterisch getrennt voneinander erfasst und nachgewiesen werden (Trennungsrechnung);
 - das FuEul-Verbundvorhaben ansonsten nicht durchgeführt werden könnte und damit die Erfüllung des Zweckes im notwendigen Umfang nicht möglich wäre;
 - die Forschungseinrichtung das Recht auf Veröffentlichung und Verbreitung der selbst erarbeiteten Ergebnisse hat. Dem Antrag ist ein Verbreitungs- und Verwertungskonzept beizufügen.
- Nach dem 31. März 2023, 15:00 Uhr eingereichte Anträge können nicht berücksichtigt werden. Maßgebend ist der Zeitpunkt der erstmaligen elektronischen Antragstellung für das Vorhaben.
- Mit den Vorhaben darf frühestens nach Bewilligung begonnen werden².
- Die Vorhaben müssen bis spätestens 31. Dezember 2025 abgeschlossen sein.

² In begründeten Einzelfällen kann nach Maßgabe der VV Nr. 1.2 zu § 44 LHO auf Antrag und mit vorheriger Zustimmung der Bewilligungsbehörde auf eigenes Risiko bereits begonnen werden, wenn das Vorhaben aus sachlichen oder wirtschaftlichen Gründen keinen Aufschub duldet.

- Der Umsetzungszeitraum der Förderprojekte kann bis zu 24 Monate betragen und ist mit der Antragstellung verbindlich darzustellen. Der geplante Beginn soll spätestens sechs Monate nach Antragstellung erfolgen und die Vorhaben müssen bis spätestens 31. Dezember 2025 abgeschlossen und abgerechnet sein.
- Die Antragstellung beim Projektträger ist formgebunden und erfolgt auf elektronischem Weg. Zur Verifizierung der Rechtsverbindlichkeit ist der Antrag qualifiziert digital zu signieren oder zusätzlich postalisch mit handschriftlicher Unterschrift einzureichen.

5. Die Förderkriterien

Die Entscheidungen über die Förderanträge werden nach Qualität und Vollständigkeit der Antragsunterlagen sowie zuerkannten Förderprioritäten unter wettbewerblichen Gesichtspunkten getroffen. Die Begutachtung erfolgt durch den beauftragten Projektträger VDI/VDE Innovation + Technik GmbH (gegebenenfalls unter Einbindung von externen Gutachterinnen und Gutachtern beziehungsweise Expertinnen und Experten). Die abschließende Förderentscheidung wird durch das Wirtschaftsministerium getroffen.

Ein Rechtsanspruch der antragstellenden Einrichtungen auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Das Wirtschaftsministerium entscheidet über eine Förderung in Ausübung pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Die Förderanträge werden nachfolgenden Kriterien gemäß Invest BW (VwV Invest BW – Innovation II) vom 15. Oktober 2021, in der Fassung vom 30. November 2022, bewertet:

- Fachlicher Bezug zum aktuell geltenden Förderaufruf: Das Vorhaben soll maßgeblich dazu beitragen, die in diesem Förderaufruf festgelegten Ziele und Anforderungen unter Nr. 2 zu erfüllen.
- Innovationshöhe: Wesentlich hierfür sind etwa Kreativität, Wagemut und Pioniercharakter des Ansatzes, Differenz zu bisherigen Lösungen, das Entwicklungsrisiko sowie mögliche Leuchtturmeffekte.
- Beitrag zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz: Beitrag des Vorhabens zur Einhaltung der Ziele der Nachhaltigkeit (ökonomisch, ökologisch, sozial), insbesondere zur

Reduzierung des Einsatzes von Energie und anderer Ressourcen (Umwelt- und Ressourcenschonung, Abfallvermeidung, etc.).

- Anreizeffekt: Wesentlich hierfür ist die Begründung der antragstellenden Einrichtung zum Förderbedarf. Was wird durch die Förderung bewirkt, was ohne diese nicht möglich wäre?
- Qualität und Überzeugungskraft des Projekts: Wesentlich hierfür sind etwa Zielorientierung und Aufbau des Projektplans, zügige und sinnvolle zeitliche Taktung der Projektschritte, Logik und Verständlichkeit der Ausführungen zur Umsetzung, Übergang in eigenfinanzierte Folgeaktivitäten und der sparsame Umgang mit den eingesetzten Fördermitteln.
- Verwertungsperspektive: Das Vorhaben muss wirtschaftlich erfolgsversprechend sein, das heißt es müssen Verwertungsoptionen bestehen bzw. beschrieben werden, die die Wettbewerbsfähigkeit der antragstellenden Einrichtung erhöhen.
- Qualifikation und Motivation der Projektbeteiligten: Wesentlich hierfür sind etwa Berufs- und Bildungshintergrund, Schlüsselqualifikationen, Ausführungen zur Motivation, Überzeugungskraft der Erläuterungen zum Projekt und den Projektbeteiligten sowie die Teamzusammensetzung insgesamt. Bei noch laufendem Personal- aufbau, sollten die notwendigen Qualifikationsprofile dargestellt werden.

6. Ansprechpartner

Direkter Ansprechpartner bei Fragen zum Förderaufruf, zur Verwaltungsvorschrift und sonstigen Anliegen ist der Projektträger VDI/VDE Innovation + Technik GmbH. Verantwortlich für das Förderprogramm ist das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg.

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg

Referat 31 - Industrie- und Technologiepolitik, Digitalisierung

Joseph Gladziwa

Telefon: +49 711 123-2454

Telefax: +49 711 123-2145

joseph.gladziwa@wm.bwl.de

VDI/VDE Innovation + Technik GmbH

Geschäftsstelle Stuttgart

Marienstraße 23

70178 Stuttgart

Hotline: +49 711 658-355-28

Innovationsprogramm-BW@vdivde-it.de

Projektleitung:

- Konstantin Schneider (für technisch-wissenschaftlich Fragestellungen):
+49 711 – 658-355-13
- Felix Wiederstein (für betriebswirtschaftliche bzw. administrative Fragestellungen):
+49 89 – 5108963-014

Weitere Informationen und die Dokumente zum Antragsverfahren sind unter www.invest-bw.de zu finden.